

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Redaktion: Dresden
Gesamtbearbeitung: 25.941
Preis für Redigierpreise: 10.000
Schriftleitung u. Auslieferung:
Dresden - K. L., Marienstraße 85/86

Besonderheit bei möglich zweimaliger Auflösung normal 2.40 Mf. (einfachlich 20 Mf. für
Telefon), durch Auflösung 2.40 Mf. einfache 20 Mf. Besonderheit (ohne Auflösungsgebühr)
bei 7 mal wöchentlichen Verläufen. Tagessummer 10 Mf. Abzugrabatte: Die einzahlt 20 Mf.
breite Seite 20 Mf., für unterhalb 40 Mf. Sammlerabrechnung und Sichtbegleiter ohne Rabatt
10 Mf., unterhalb 20 Mf., die 20 Mf. breite Heftausgabe 200 Mf., unterhalb 200 Mf. Differenz-
grat 10 Mf. Wahrheitliche Rücksicht gegen Werbeabschaltung

Zentrale: Berlin: Moritz & Weidanz,
Dresden: Weidanz-Mit. 1000 Dresden
Rabatt auf aus mit best. Gattungsrede
(Dresden, Nachr.) gültig. Unterlagen
Schriftsätze werden nicht annehmen!

Der gescheiterte Nichtangriffspakt

Berhandlungen Moskau - Paris unterbrochen

Paris, 27. August. Die Agence Economique et Financiere weist zu berichten, daß die französisch-sowjetischen Verhandlungen in Paris wegen der Abwesenheit des russischen Botschafters Dowgalewski und verschiedener anderer Unterhändler vorübergehend unterbrochen worden seien. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die Gespräche im Oktober wieder aufgenommen würden.

Der in Ausarbeitung begriffene Nichtangriffspakt werde angeblich eine neue Form des allgemeinen Kriegsvertrages darstellen.

Es sei möglich, daß sich die Verhandlungen auch auf den Abschluß eines französisch-sowjetfranzösischen Kriegsvertrags bzw. Schiedsgerichtsvertrags ausdehnen würden.

In Pariser politischen Kreisen sieht man der perlösen Höhlungnahme mit dem polnischen Außenminister Salesski große Bedeutung bei und weist darauf hin, daß die französische Abordnung mit Frankreich an der Spur in Genf Gelegenheit haben werde,

eine Ausprache mit Litwinow und Salesski herbeizuführen.

Die Agentur Havas meldet aus Bucarest, daß die rumänische Regierung über den Verlauf der französisch-sowjetfranzösischen und polnisch-sowjetfranzösischen Parlaverhandlungen vollkommen zufrieden sei. In Bucarester politischen Kreisen unterschreibt man, daß die rumänischen Interessen durch das Handelsverhältnis mit Frankreich und Polen sichergestellt seien.

Bestürzung in Warschau

Warschau, 27. August. Der amtliche Bericht der Moskauer Taz-Agentur, in dem festgestellt wird, daß die polnischen Vertreter auch weiterhin als ungeeignet abgelehnt werden müssten, hat in Warschauer politischen Kreisen sehr große Bestürzung ausgelöst. Die Warschauer Presse ändert jetzt plötzlich ihre Tonart, und der regierungstreue "Express Polonais" bezeichnet den Besuch Moskaus als eine "perfide Antwort", die erneut den Beweis dafür liefere, wie wenig Moskau an der Erhaltung des Friedens in Osteuropa gelegen sei.

Polens Abschüte

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. August. Über die Hintergründe der verschiedenen aufsehenerregenden Schritte Polens, deren Ziel der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion war, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Am 28. August veröffentlichte bekanntlich die amtliche Polnische Telegraphen-Union eine Mitteilung, der polnische Befand in Moskau habe an demselben Tage im russischen Außenkommissariat ein Schriftstück überreicht, das den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes enthalte. An demselben Tage hatte aber die russische amtliche Telegraphen-Union eine Mitteilung herausgegeben, nach der ihr von irgendwelchen polnisch-russischen Nichtangriffspaktverhandlungen nichts bekannt sei. Dieses Dementi war, wie wir erfahren, durchaus korrekt, denn erst nachdem es erschienen war, sprach der polnische Befand in Moskau, Pales, im russischen Außenamt vor, und zwar ohne daß vorher irgendwelche Ankündigungen über den Zweck seines Besuches gemacht worden waren.

Nun schwanken schon seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen Moskau und Paris. Die polnischen Schritte stehen einen Bruch

dar, sich in diese Verhandlungen, die ohne Führung nahme mit Warschau erfolgen, einzuschalten.

Da der Wilhelmstraße in Berlin ist man der Ansicht, daß vom deutschen Standpunkt aus gegen die französisch-russischen Verhandlungen nichts einzutun sei, und daß diese keinesfalls im Widerspruch zu den deutsch-russischen Verträgen stünden. Naturgemäß dürfen in einem etwa zustandekommenden Vertrag keinerlei Bindungen enthalten sein, die sich etwa aus das Problem der deutschen Österräume ergeben. Die Gelegenheit dieser französisch-russischen Aussprache wollte Polen nur ausnutzen, um ebenfalls zur Verfestigung eines Abkommen mit Rußland zu gelangen. Offenbar weiß es in Paris taube Ohren land, unternahm es seine Schritte auf eigene Faust.

Schon immer hatte sich Polen um eine Garantie seiner Grenzen durch Rußland bemüht, allerdings kein ohne Erfolg.

Das Scheitern seiner wiederholten Bemühungen ist einerseits darauf zurückzuführen, daß Polen glaubte, gewissermaßen als Vormacht eines Oststaatenbündes Moskau gegenüber operieren zu können, und zum anderen hat Polen ein Militärabkommen mit Rumänien geschlossen, in dem es sich für die Sicherung der rumänischen Westgrenze stark macht. Zwischen Rußland und Rumänien besteht nur aber eine Art latenten Konflikts, und wegen des persischen Konflikts. Schon bedenklich dürfte Rußland wohl niemals Polen den Triumph eines Nichtangriffspaktes und einer Grenzgarantie in die Hand geben.

Der Kampf der Opposition gegen Macdonald

Das angebliche Ultimatum der Hochfinanz

London, 27. August. Der "Daily Herald" hält trocken Dementis an seiner Meldung fest, daß die Federal Reserve Bank von New York weitere Kredite für die englische Regierung von ökonomischen Sparmaßnahmen in der Erwerbslosenversicherung abhängig gemacht habe. Zum Beweis seiner Behauptungen führt das Blatt eine Erklärung des bisherigen Ministerialdirektors im Schatzamt, Ernest Thurtell, an. Danach habe Macdonald in einer Besprechung mit den Ministerialdirektoren am Montag ausdrücklich erklärt,

die Vorherrschaft, die die Regierung der Bank von England übermittelte, müßten nach Amerika telefoniert werden, um zu lehren, ob sie dort gebilligt würden.

Als weiterer Kronzeugen für diese sensationellen Behauptungen tritt der bisherige Landwirtschaftsminister Addison auf, der in einer Rede von Parteigenossen erklärte, die Regierung sei nicht wegen irgendwelcher Forderungen der Gewerkschaften zusammengebrochen, sondern weil von gewisser Seite ein anderer Decisionsplan für den Haushalt im Staatshaushalt verlangt wurde, als der, der bereits ausgearbeitet dem Cabinet vorlag. Der fertige Plan habe eine Deckung von 1,12 Milliarden Reichsmark vorgesehen. Außerdem seien bereits weitere Einsparungen erwogen worden, durch die der Haushalt mehr als ausreichend hätte ausgleichen können.

Plötzlich sei jedoch den Ministern eröffnet worden,

Vorbereitung der Generalkugung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. August. Das Reichskabinett ist heute vorzeitig zu einer Sitzung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Vorbereitung der Generalkugung. Die Delegation soll kommenden Sonnabend nach Paris abreisen. Aus der Zusammenstellung der Delegation möchte man fast entnehmen, daß man den Generalkugungen keine weittragende politische Bedeutung zuschreibt. Auch ein Zusammentreffen der Chancen verschiedenster Regierungen ist nicht vorgesehen.

Größeres Interesse wendet sich dementsprechend dem bevorstehenden Eintritt des russischen Außenministers Litwinow in Berlin zu.

Litwinow hat gestern abend Moskau verlassen und trifft Freitag vormittag in Berlin ein. Der Außenminister gibt ihm zu Ehren ein Frühstück. Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Körber, ist heute schon in Berlin eingetroffen. Man kann wohl annehmen, daß die bevorstehenden Berliner Begegnungen mit dem sowjetischen Diplomaten in erster Linie die ungeklärte Lage hinsichtlich der französischen und polnischen Politikbewegungen zum Gegenstand haben.

Streit der Gemeindearbeiter in Düsseldorf

Düsseldorf, 27. August. Als Protest gegen die vierprozentige Lohnkürzung der Gemeindearbeiter wurde heute morgen im Düsseldorfer Bahnhof der Streik proklamiert. Der Anforderung kam der größte Teil der 650 Mann starken Belegschaft nach. Beim Kanalbauamt ist ebenfalls die gesamte Arbeiterschaft in Stärke von etwa 125 Personen in den Ausstand getreten.

Der Kampf der Opposition gegen Macdonald

Das angebliche Ultimatum der Hochfinanz

London, 27. August. Der "Daily Herald" hält trocken Dementis an seiner Meldung fest, daß die Federal Reserve Bank von New York weitere Kredite für die englische Regierung von ökonomischen Sparmaßnahmen in der Erwerbslosenversicherung abhängig gemacht habe. Zum Beweis seiner Behauptungen führt das Blatt eine Erklärung des bisherigen Ministerialdirektors im Schatzamt, Ernest Thurtell, an. Danach habe Macdonald in einer Besprechung mit den Ministerialdirektoren am Montag ausdrücklich erklärt,

die Vorherrschaft, die die Regierung der Bank von England übermittelte, müßten nach Amerika telefoniert werden, um zu lehren, ob sie dort gebilligt würden.

Als weiterer Kronzeugen für diese sensationellen Behauptungen tritt der bisherige Landwirtschaftsminister Addison auf, der in einer Rede von Parteigenossen erklärte, die Regierung sei nicht wegen irgendwelcher Forderungen der Gewerkschaften zusammengebrochen, sondern weil von gewisser Seite ein anderer Decisionsplan für den Haushalt im Staatshaushalt verlangt wurde, als der, der bereits ausgearbeitet dem Cabinet vorlag. Der fertige Plan habe eine Deckung von 1,12 Milliarden Reichsmark vorgesehen. Außerdem seien bereits weitere Einsparungen erwogen worden, durch die der Haushalt mehr als ausreichend hätte ausgleichen können.

Plötzlich sei jedoch den Ministern eröffnet worden,

daß ein anderer Weg für die Deckung gefunden werden müsse.

Schließlich sei ihnen zu verstehen gegeben worden, daß die Einigung der Bantlers vorzugelegt, die Konkurrenz und die Überaler in eine zehnprozentige Kürzung einwilligen würden. Der Regierung sei also nicht die Blöße von Seiten der Gewerkschaften, sondern von der Hochfinanz auf die Brust getetzt worden, deren Forderungen sehr nachdrücklich gewesen seien. Addison erklärte zum Schluss, daß dieses Thema noch nicht beendet sei, sondern in der nächsten Zeit noch eine große Rolle spielen würde.

Macdonald plant, sich bald zurückzuziehen

London, 27. August. Wie der "Daily Express" berichtet, beschäftigt Macdonald, der im Oktober seinen 65. Geburtstag feiert, sich auf dem politischen Leben auszuziehen, sobald die Nationalregierung ihre Aufgaben beendet hat. In seiner Abschiedsrede vor seinen sozialistischen Ministerkollegen erklärte er, er wisse genau, daß sein Eintritt zur Bildung einer Nationalregierung das Ende seiner Laufbahn als Führer der Arbeiterpartei bedeutet. Wie das Blatt weiter berichtet, will Macdonald nach Schluß der nächsten Parlamentssession eine abgedeckte Weltreise antreten.

Die Nationalregierung an der Arbeit

London, 27. August. Die aus Kabinettsministern unter Hinzugabe von Regierungsratsvertretern gebildeten Ausschüsse werden in den nächsten Tagen ihre Vorschläge für die Sparmaßnahmen ausarbeiten. Die Empfehlungen sollen so schnell wie möglich dem Gesamtkabinett zur Entscheidung unterbreitet werden.

Su dem zehnprozentigen Abbau der Erwerbslosenversicherungsbürgschaft, auf den Macdonald in seiner unvorbereiteten Rundfunkrede am Dienstagabend vielleicht zu großer Bedeutung gelegt hat, ist zu bemerken, daß dies der einzige drastische Abstrich ist, den die Regierung vornehmen wird, trotzdem dem alten Kabinett noch andere Vorschläge vorliegen.

Die besondere Notlage Sachsen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. August. Der sächsische Ministerpräsident Schröder hat gestern Veranlassung genommen, erneut einen Schritt beim Reichsfinanzministerium zu unternehmen. Die Ministranten der größeren Länder, die sich wiederum in Berlin trafen, hatten im preußischen Finanzministerium eine Audienz. Am Abend wurde die Befreiung im Reichsfinanzministerium fortgesetzt. Der sächsische Ministerpräsident hat hierbei die besondere Notlage Sachsen, die eine Folge der weit über den Reichsdurchschnitt hinausgehenden Steigerung des Wohlhaberwerblosenlasten ist, eindringlich dargelegt. Wie wir hören, haben seine Ausführungen tiefen Eindruck auf alle Teilnehmer der Sitzung gemacht und die Überzeugung unterstrichen, daß Sachsen schnellstmöglich Hilfe gebraucht werden muß.

Blutiger Aufstand in Lissabon

Die Regierung wieder Herr der Lage

London, 27. August. In Lissabon wurden bei einer Militärrevolte am Mittwoch 20 Personen getötet und 70 verletzt. Der Aufstand brach aus, als Soldaten mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet die Kaserne des 2. Artillerieregiments angreiften, die Mannschaften überwältigten und die Offiziere gefangenlegten. Einem sofortigen Gegenangriff regierungstreuer Truppen ist es jedoch gelungen, die Kaserne zu stürmen und die Rebellen unter Führung des Obersten Dias gefangen zu nehmen. Gleichzeitig soll ein Artillerieduell zwischen den beiden Herzogs San Georg und Edward VII. stattgefunden haben. Wie es heißt, hat auch ein Flugzeug der republikanischen Bomber über der Stadt abgeworfen, wodurch eine Person getötet und vier verwundet worden sind.

In Lissabon ist die Ruhe wiederhergestellt. Panzerwagen durchfuhren die Stadt, und die beherrschenden Punkte lagen fest in der Hand der Altparlamente. Die anscheinend von dem bevorstehenden Aufbruch der Bewegung unterrichtet war.

Die portugiesische Regierung

hat gestern abend einen Bericht ausgegeben, und dem Ber-